

Stand: 06.02.2026 03:39:46

## Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8530

"Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte - Freistaat muss endlich bei Personalversorgung liefern"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8530 vom 17.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9864 des OD vom 29.01.2026



## **Antrag**

der Abgeordneten **Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Martina Fehlner, Florian von Brunn, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

### **Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte – Freistaat muss endlich bei Personalversorgung liefern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf gesetzliche Einschränkungen der familienpolitischen Teilzeit bei Lehrkräften zu verzichten. Stattdessen sind andere wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation an den Schulen zu ergreifen:

- Reform der Lehrkräfteausbildung endlich voranbringen, um die Ausbildung zweckmäßiger und attraktiver zu gestalten
- bessere Bedingungen für Quereinsteigende schaffen
- Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlasten und mehr Verwaltungspersonal einstellen
- multiprofessionelle Teams an allen Schularten ausbauen

### **Begründung:**

Die Lehrkräfte an Gymnasien in Bayern haben bei der Umstellung von G8 auf G9 zu Beginn dieses Schuljahres gezeigt, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und freiwillig mehr Unterrichtsstunden übernommen. Auch die Lehrkräfte anderer Schularten leisten vielfach Mehrarbeit, die noch nicht einmal erfasst wird. Die Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, die familienpolitische Teilzeit künftig nur noch bis zum 14. Lebensjahr zu gewähren, missachtet dieses Entgegenkommen und macht den Lehrberuf unattraktiver. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist sowohl für Frauen als auch für Männer zwingend, weil viele Familien auf zwei Einkommen angewiesen sind.

Während neue Belastungen für Lehrkräfte angekündigt werden, ist nicht ersichtlich, welchen zusätzlichen Beitrag der Staat als Arbeitgeber leistet, um mehr Personal an die Schulen zu bringen. Die Reform der Lehrerbildung, die für ein attraktives und zeitgemäßes Studium sorgen soll, kommt nicht voran. Das sogenannte Expertengutachten zur Lehrkräftebildung wurde erst lange nicht vorgelegt und nun ist nicht ersichtlich, was daraus folgt.

Quereinsteigende werden an den Schulen dringend gebraucht, wegen zahlreicher Hürden und schlechter Bedingungen ist ihre Zahl zuletzt wieder gesunken. Der Ausbau der multiprofessionellen Teams an Schulen (u. a. Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen) bleibt weit hinter den Anforderungen der sich wandelnden Schulwelt zurück. Neue, zeitgemäße Konzepte der Schulorganisation sind nicht erkennbar.

Und jetzt werden Maßnahmen angekündigt, die einseitig die Lehrkräfte einschränken. Das ist kontraproduktiv und kann zu mehr Krankheitsausfällen und Dienstunfähigkeiten führen. Eine wirksame Personalpolitik muss alle Beteiligten miteinbeziehen und darf nicht eine Gruppe einseitig belasten. Dies gilt auch für weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes, beispielsweise für Polizistinnen und Polizisten.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes**

**Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr,  
Holger Grießhammer u.a. SPD  
Drs. 19/8530**

**Keine Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten für Lehrkräfte - Freistaat  
muss endlich bei Personalversorgung liefern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatterin:  
Mitberichterstatter:

**Dr. Simone Strohmayr  
Peter Tomaschko**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 11. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 29. Januar 2026 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Dr. Martin Brunnhuber**  
Vorsitzender